



# Slow Trade – Sound Farming

Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft



HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

 Wuppertal Institut  
für Klima, Umwelt, Energie  
GmbH



Dieses Dokument wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Der Inhalt des Dokumentes unterliegt der Eigenverantwortung von Misereor und der Heinrich-Böll-Stiftung und spiegelt unter keinen Umständen die Stellung der Europäischen Union wider.

### **Slow Trade – Sound Farming**

Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft

Autoren des Originaltextes	Wolfgang Sachs und Tilman Santarius	
In Zusammenarbeit mit	Souleymane Bassoum, Daniel De La Torre Ugarte, Gonzalo Fanjul Suárez, Anna Luiza Ferreira Pijnappel, Arze Glipo, Aileen Kwa, Hannes Lorenzen, Sophia Murphy, Oduor Ong'wen, Rita Schwentesius Rindermann	
Zusammenfassung Redaktion	Uli Kleinwechter Christine Chemnitz, Tilman Santarius, Mute Schimpf	
Herausgeber	Heinrich Böll Stiftung und MISEREOR	
Erste Auflage	April 2008	
©	Heinrich Böll Stiftung Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V	
Layout	Michael Pickardt	
Projektmanagement	Christine Chemnitz (Heinrich-Böll-Stiftung) Mute Schimpf (MISEREOR)	
	Der vorliegende Bericht muss nicht die Meinung der Herausgeber wiedergeben.	
	Die Kurzfassung und der Bericht in verschiedenen Sprachen sind verfügbar unter <a href="http://www.ecofair-trade.de">www.ecofair-trade.de</a>	
Fotos	Misereor	
Kontakt	MISEREOR Mozartstr. 9 52064 Aachen Tel. 0241-442-168 Fax 0241-442-505 <a href="http://www.misereor.de">www.misereor.de</a>	Heinrich Böll Stiftung Rosenthalerstr. 40/41 10178 Berlin Tel. 030 28534-0 Fax 030 28534-109 <a href="http://www.boell.de">www.boell.de</a>

# Slow Trade – Sound Farming

## Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft

Kurzfassung des Reports des EcoFair Trade Dialogue

*Die Zusammenfassung basiert auf dem vollständigen Bericht von  
Wolfgang Sachs und Tilman Santarius*

*In Zusammenarbeit mit*

Souleymane Bassoum

Daniel De La Torre Ugarte

Gonzalo Fanjul Suárez

Anna Luiza Ferreira Pijnappel

Arze Glipo

Aileen Kwa

Hannes Lorenzen

Sophia Murphy

Oduor Ong'wen

Rita Schwentesius Rindermann

Nordamerikanische  
Regionalkonsultation

Washington D.C., USA  
September 2006



Europäische  
Regionalkonsultation

Brüssel, Belgien  
November 2006



Mexiko und  
zentralamerikanische  
Regionalkonsultation

Teotihuacán, Mexiko  
Oktober 2006



Westafrikanische  
Regionalkonsultation

Mbour, Senegal  
Februar 2006

Südamerikanische  
Regionalkonsultation

Curitiba, Brasilien  
August 2006





Deutsche  
Regionalkonsultation  
Berlin, Deutschland  
Oktober 2006



EcoFair Trade Dialogue  
Podiumsdiskussion  
Hongkong  
Dezember 2005



Asiatische  
Regionalkonsultation  
Chiang Mai, Thailand  
Mai 2006

# ECOFAIR TRADE DIALOGUE

New Directions for Agricultural Trade Rules

# Vorwort

Im April 2007 wurde der Report „Slow Trade – Sound Farming“ veröffentlicht. Er ist in einem mehrjährigen internationalen Dialogprozess – dem EcoFair Trade Dialogue – entstanden und fordert eine grundlegende Reform des Weltagrarhandelssystems. Diese Forderung erscheint angesichts der globalen Ernährungskrise heute aktueller, dringlicher aber auch möglicher denn je. Die steigenden Agrarpreise haben endlich eine öffentliche Debatte um die Zukunft der Landwirtschaft entstehen lassen. Der Report „Slow Trade – Sound Farming“ liefert dafür viele Denkanstöße und Reformvorschläge.

Die Rahmenbedingungen des landwirtschaftlichen Sektors haben sich seit der Veröffentlichung des Reports „Slow Trade – Sound Farming“ im April 2007 grundlegend geändert. Die Agrarpreise sind um ein Vielfaches gestiegen, und damit einhergehend hat sich die Ernährungslage von vielen Millionen Menschen dramatisch verschärft. Private Investoren und Spekulanten haben den Agrarsektor für sich entdeckt, die Auswirkungen des Klimawandels sind in der Landwirtschaft zu spüren und die Ära des billigen Öls scheint beendet, wodurch die Produktion von Agrartreibstoffen zunehmend in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion gerät.

All dies verdeutlicht, dass die globale Landwirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen steht, die Antworten sowohl im Bereich der Agrarpolitik aber auch der Agrarhandelspolitik fordern. Dennoch spielen gerade diese Debatten bislang kaum eine Rolle in den internationalen Agrarverhandlungen der WTO.

Nach wie vor stehen die Auseinandersetzungen um einen besseren Marktzugang des Südens zu den Agrarmärkten der Industrieländer und um einen verbindlichen Abbau der marktverzerrenden nationalen Stützungen der Landwirtschaft im Norden im Mittelpunkt der WTO Verhandlungen. Sie sind die Haupt-

ursachen für das Stocken der Doha-Entwicklungsrunde. Die konkreten Erfahrungen mit der bisherigen Marktliberalisierung im Rahmen der WTO, in regionalen Handelsabkommen und Strukturanpassungsprogrammen zeigen aber, dass in vielen Ländern sowohl ländliche Armut als auch Umweltzerstörung durch die Liberalisierung der Landwirtschaft weiter verschärft werden. Kleinbäuerliche Produzenten in Nord und Süd leiden unter den Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung. Gründe dafür sind unter anderem der Verlust ihres Zugangs zu Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut sowie zu Märkten. Die Zerstörung der Umwelt und der Verlust biologischer und kultureller Vielfalt sind vielerorts besorgniserregend.

Die Frage, wie die Welthandelsordnung in Bezug auf die Landwirtschaft aussehen müsste, um zu mehr sozialer Gerechtigkeit und einer nachhaltigen Entwicklung weltweit beizutragen, wird immer bedeutender.

In einem weltweiten Dialog – dem „EcoFair Trade Dialogue“ – der in regionalen Konsultationen in Afrika, Asien, Latein- und Nordamerika sowie Europa durchgeführt wurde und an dem Vertreter und Vertreterinnen von Bauernorganisationen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch von Ministerien, Parlamenten, der Wissenschaft und internationalen Organisationen beteiligt waren, sind die Heinrich-Böll-Stiftung und MISEREOR in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal Institut und einer Gruppe von Fachleuten aus allen Kontinenten dieser Frage nachgegangen.

Ein Jahr nach der Veröffentlichung des Berichts „Slow Trade – Sound Farming“ und nach vielen spannenden Debatten rund um den Globus möchten wir mit der Zusammenfassung unseres Berichts auch den eiligen Lesern die Ergebnisse des Dialoges zugänglich machen.



Prof. Dr. Josef Sayer  
Hauptgeschäftsführer  
Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR



Barbara Unmüßig  
Vorstand  
Heinrich-Böll-Stiftung

# Einführung

Die Landwirtschaft ist, wie der Begriff „Agrikultur“ trefflich ausdrückt, weit mehr als bloß ein Wirtschaftszweig. Weltweit erfüllt die Landwirtschaft zahlreiche Funktionen, die über die Erzeugung von Nahrungsmitteln und anderen Rohstoffen hinausgehen. Sie schafft Arbeitsplätze, nutzt, pflegt und erhält Ökosysteme, bildet eine wichtige Stütze für Wirtschaft und Kultur in ländlichen Räumen und bewahrt ein vielfältiges Wissen über landwirtschaftliche Praktiken. Die Gestaltung internationaler Handelspolitik berücksichtigt diese multifunktionale Bedeutung der Landwirtschaft kaum. Meist beruht sie auf einer rein ökonomischen Analyse, die den Wert der Landwirtschaft lediglich über den Produktionswert im Verhältnis zu anderen Wirtschaftssektoren bemisst. Um den Produktionswert zu maximieren, setzt die internationale Handelspolitik die Agrarproduktion einem zunehmenden internationalen Wettbewerb aus. Dies gefährdet den multifunktionalen Charakter der Landwirtschaft, verschärft die Armut in den Ländern des Südens und steigert den Druck auf Ökosysteme und Naturressourcen. Gleichzeitig steht die Landwirtschaft im 21. Jahrhundert besonderen Herausforderungen gegenüber. Die Tatsache, dass der global maximale Förderpunkt von Erdöl („Peak Oil“) bereits in den nächsten Jahren erreicht werden dürfte, wird dazu führen, dass Treibstoffe und wichtige energieintensive Produktionsmittel für die industrielle Landwirtschaft nicht mehr im gleichen Maße wie bisher zur Verfügung stehen werden. Zusätzlich wird der Klimawandel weltweit die Produktionsbedingungen verändern. Es gilt Wege zu finden, um die

landwirtschaftliche Produktion und die Ernährungswirtschaft an die geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Vor diesem Hintergrund haben die Heinrich Böll Stiftung und Misereor in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie das Projekt „EcoFair Trade Dialogue. New Directions for Agricultural Trade Rules“ ins Leben gerufen. Ziel des Projektes ist es, in einem internationalen Dialogprozess mit Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik Vorschläge für ein Handelsregime zu erarbeiten, das sozialen und ökologischen Belangen im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung Rechnung trägt. Dabei basiert der Dialog auf der Überzeugung, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für ländliche Sozial- und Ökosysteme besonderer Beachtung bedarf, und dass im Zentrum eines künftigen Handelsregimes stehen muss, eine globale soziale und ökologische Agrarwende herbeizuführen. Der Report „Slow Trade – Sound Farming. Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft“ stellt die bisherigen Ergebnisse des EcoFair Trade Dialogue vor. Er analysiert die wichtigsten Probleme, die eine zunehmende Liberalisierung des Agrarhandels für landwirtschaftliche Multifunktionalität, Menschenrechte und die Biosphäre mit sich bringt. Er stellt grundlegende Prinzipien auf, die den Ausgangspunkt für ein zukunftsfähiges Handelsregime bilden. Und schließlich präsentiert der Report konkrete Perspektiven, Politikinstrumente und Institutionen für die Ausgestaltung eines öko-fairen Agrarhandelsregimes.

## Der EcoFair Trade Dialogue

Der EcoFair Trade Dialogue wurde in Reaktion auf das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancun, Mexiko im September 2003 ins Leben gerufen. Im Jahr 2005 startete das Projekt mit einem Dialog innerhalb einer zwölfköpfigen Expertengruppe in seine erste Phase. Die Expertengruppe, in der alle Weltregionen repräsentiert sind, setzt sich aus Fachleuten zusammen, die als Handelsexperten, Multiplikatoren nachhaltiger Landwirtschaft, Wissenschaftler oder politische Berater für Parlamente und Regierungen arbeiten. Im Rahmen von fünf Treffen in Mexiko, Deutschland und dem Senegal wurden die aktuellen Handelsverhandlungen sowie der Zustand und die Entwicklung der Landwirtschaft weltweit

diskutiert. Als Ergebnis dieses Gesprächsprozesses wurden erste Reformvorschläge erarbeitet, die in Form von neun Diskussionspapieren veröffentlicht wurden (siehe Literaturliste; oder herunterzuladen unter [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org)).

Im Jahr 2006 wurden die Reformvorschläge in Beratungen auf regionaler Ebene – den Regionalkonsultationen – vor dem Hintergrund unterschiedlicher globaler Realitäten in einem breiteren Rahmen diskutiert. Zwischen Februar und November 2006 fanden sieben solche Regionalkonsultationen statt, in denen knapp 180 weitere ausgewählte Fachleute, von Mitarbeitern aus Bauernverbänden und Graswurzelorganisationen bis hin zu Entscheidungsträgern aus

Regierungskreisen und internationalen Organisationen, in den Dialogprozess eingebunden wurden. Die Regionalkonsultationen fanden im Senegal für Westafrika und in Thailand für Südostasien, in den USA, Mexiko und Brasilien für Nord-, Mittel- und Südamerika sowie in Belgien und Deutschland für Europa statt. So wurden die Reformvorschläge der Expertengruppe kritisch kommentiert und vor dem Hintergrund verschiedenster politischer, kultureller und landwirtschaftlicher Erfahrungen und Gegebenheiten fortentwickelt.

Schließlich haben Wolfgang Sachs und Tilman Santarius vom Wuppertal Institut als Moderatoren des EcoFair Trade Dialogue die Ergebnisse aller

Diskussionspapiere und Gesprächsrunden sowie weitere Empfehlungen eines international zusammengesetzten Projektbeirats aus Experten und politischen Entscheidungsträgern in einem kohärenten Reformvorschlag zusammengefasst. Dieser Reformvorschlag wurde als der Report „*Slow Trade – Sound Farming. Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft*“ im April 2007 veröffentlicht. Übersetzungen auf deutsch, französisch, spanisch und italienisch liegen vor. Der Report bildet die Grundlage der zweiten Phase des Projektes von 2007-2009, die aus der weiten Verbreitung des Reports und einer Reihe daran anknüpfender Dialogforen bestehen wird.

## Probleme des gegenwärtigen Handelsregimes

Die Reform des Agrarhandels steht im Mittelpunkt der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) über ein multilaterales Rahmenabkommen für die Weltwirtschaft. Doch die angestrebten Neuerungen verheißen wenig Gutes für die Zukunft der bäuerlichen Landwirtschaft auf dieser Welt. Denn die Reform des Agrarhandels wird auf den Abbau von Zöllen und Subventionen reduziert. Sie lässt die Herausforderungen weitgehend außer Acht, denen sich die bäuerliche Landwirtschaft und die ländlichen Ökonomien angesichts von Armut, Umweltschäden und steigenden Ölpreisen ausgesetzt sehen. Den Handel auszuweiten, ohne dabei die ökologischen und sozialen Aspekte der Landwirtschaft ausreichend zu berücksichtigen, wird zu Lasten von Bauern und der Biosphäre gehen.

**„Natürlich ist Landwirtschaft viel mehr als ein Wirtschaftszweig. Trotzdem müssen wir auch den wirtschaftlichen Aspekt hervorheben, weil heutzutage Bauern ihren Betrieb aufgeben, denen die Landwirtschaft kein Auskommen mehr sichert. Wenn sie ihre Felder nicht mehr bestellen, kann die Landwirtschaft auch nicht mehr ihre vielfältigen Funktionen zum Nutzen von Mensch und Umwelt wahrnehmen.“**

Bruce Ross, Ross Gordon Consultants, Belgien, bei der Regionalkonsultation in Europa, November 2006

Ausschlaggebend für dieses Problem ist die einer rein ökonomischen Sichtweise zu Grunde liegende Annahme, dass durch Handelsliberalisierung die Gesamtwohlfahrt maximiert wird, wenn alle Individuen die Möglichkeit bekommen, ihren privaten Nutzen (als Konsumenten) oder ihren privaten Gewinn (als Produzenten) zu maximieren. Diese Annahme

führt zu einer grundlegenden Fehleinschätzung. Denn sie blendet die zunehmende Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten aus, die mit dem steigenden Wettbewerbsdruck auf dem globalen Agrarmarkt einhergehen. Öffentliche Güter, wie Umweltleistungen oder das soziale Umfeld, werden nicht in ausreichendem Maße bereitgestellt oder gar in Mitleidenschaft gezogen. Die zentrale Aufgabe der Politik muss es daher sein, diese öffentlichen Güter zu schützen und Rahmenbedingungen für den globalen Agrarmarkt zu schaffen, die das Gemeinwohl über die Mehrung von Privatkapital stellen.

Kleinbäuerliche Produzenten im Süden und bäuerliche Produzenten im Norden haben ein besonderes Potential, zu einer Entwicklung beizutragen, die die Förderung des Gemeinwohls in den Mittelpunkt stellt. Wenn sie nachhaltige Landbaumethoden praktizieren, wirtschaften sie produktiver und effizienter und schaffen durch einen meist geringeren Kapitaleinsatz mehr Arbeitsplätze pro Hektar als die industrielle, großflächige Landwirtschaft. Sind sie in lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe eingebunden, erzeugen sie durch ihre Nachfrage Einkommen für weitere ländliche Haushalte. Damit tragen sie zu einer belastbaren ländlichen Ökonomie bei. Insbesondere in den Ländern des Südens, wo breite Teile der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig sind, trägt kleinbäuerliche Landwirtschaft wesentlich zur Ernährungssicherung und zur Bekämpfung der Armut bei. Schließlich weisen kleinteilige Produktionsstrukturen meist eine größere biologische Vielfalt auf, können traditionelles, lokal angepasstes Wissen besser pflegen und haben die weit besseren Voraussetzungen, ihre Rohstoffbasis von fossilen auf erneuerbare Ressourcen umzustellen.

## Existenzrechte im Abseits

Gegenwärtig jedoch wirtschaftet ein großer Teil der (klein)bäuerlichen Produzenten weltweit am Rande des Existenzminimums. Steigende Armut sowie Landflucht in den ländlichen Gebieten vieler Länder des Südens sind die Folgen einer Entwicklungsstrategie, die die bäuerliche Landwirtschaft gering schätzt. Die Liberalisierung des Handels trägt ihren Anteil daran. Seit den 1980er Jahren haben zahlreiche Länder des Südens ihre Agrarmärkte geöffnet, was zu einer Steigerung preiswerterer Importe führte, zum Teil aus subventionierter Produktion aus den Industrieländern. Der dadurch erzeugte Druck auf die heimische Produktion zwang insbesondere Kleinbauern zur Aufgabe ihrer Produktion und führte zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, mit entsprechend negativen Auswirkungen auf ländliche Armut. Besonders Frauen, die mindestens 65 Prozent der weltweit verzehrten Lebensmittel anbauen, können im Wettbewerb oft nicht mithalten. Dies ist ein Grund, warum in ländlichen Gebieten die Armut in von Frauen geführten Familien am größten ist.

Darüber hinaus schafft die Liberalisierung des Handels Anreize für eine steigende Exportorientierung der Landwirtschaft. Verbunden ist damit meist eine zunehmende Industrialisierung der Landwirtschaft. Besonders problematisch ist, dass die Produktion von Exportprodukten oft direkt mit der Produktion von Nahrungsmitteln für den heimischen Markt oder die Familien der Bauern konkurriert. Da industrialisierte Großbetriebe im Vergleich zu kleinbäuerlichen Produktionsstrukturen ein wesentlich geringeres Beschäftigungspotential haben, verlieren die Kleinbauern Einkommensmöglichkeiten, verarmen und wandern in die Städte ab. Die Verarmung der ländlichen Bevölkerung steigt umso rascher, wenn andere ländliche Wirtschaftssektoren die freigesetzten Arbeitskräfte nicht auffangen.

## Natur im Abseits

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts steht die Landwirtschaft besonderen Herausforderungen gegenüber. Die zunehmende Weltbevölkerung und veränderte Konsummuster in den Schwellenländern erhöhen den Bedarf an Nahrungsmitteln und nachwachsenden Energieressourcen. In Zukunft werden die steigenden Ölpreise die Verfügbarkeit energieintensiver Produktionsmittel begrenzen und die Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen erhöhen. Die Landwirtschaft steht also weltweit unter dem Druck einer steigenden Nachfrage. Zugleich nehmen Klimawandel, Bodendegradation, Verlust der Biodiversität und Wasserknappheit zum Teil drastische Auswirkungen auf die Ernteerträge. Nicht-nachhaltige Anbaumethoden in der Landwirtschaft tragen

zu diesen Umweltproblemen bei. Die fortschreitende Entwaldung vor allem tropischer Gebiete, aber auch Emissionen aus der intensiven Tierhaltung schüren Klimawandel und Biodiversitätsverlust; der übermäßige Wasserverbrauch und die Wasserverschmutzung durch Agrarchemikalien nähren die Wasserkrise; und der Anbau in Monokulturen oder auf marginalen Böden forciert die Bodendegradation. Hinzu kommt der hohe Energieverbrauch durch Verarbeitung, Transport und Vertrieb in einer stark industrialisierten und globalisierten Ernährungswirtschaft.

**„In Indonesien haben wir ernste Probleme mit den Ölpalm-Plantagen. Tausende Hektar Land sind im Besitz ausländischer Firmen, Wälder werden abgeholzt und Waldbewohner von ihrem Land vertrieben. Zwar sollen die Plantagen einen nachwachsenden Rohstoff liefern, aber dafür werden natürliche Ressourcen ausgebeutet und die Umwelt zerstört.“**

Delima Hasri Azahari, Gutachterin, Indonesien, bei der Regionalkonsultation in Asien, Mai 2006

Die Liberalisierung des Agrarhandels ist nicht mit dem Prinzip der Bewahrung der Umwelt in Einklang zu bringen. Erstens steigern die internationalen Handelsströme das Transportaufkommen, was zu erhöhten Treibhausgasemissionen führt. Zweitens fördert ein stärkerer Wettbewerb die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft mit inputintensiven und umweltbelastenden Produktionsmethoden. Und drittens verlagert sich Produktion aus Industrie- in Entwicklungsländer, was dort den Flächendruck erneut erhöht und die Spirale der Spezialisierung und Intensivierung erneut antreibt.

## Ermächtigung von Konzernen

Die Liberalisierung der Märkte beruht auf der Annahme, dass der freie Handel vor allem durch staatliche Eingriffe beschränkt wird. Doch die Erfahrungen auf den internationalen Agrarmärkten zeigen, dass er mindestens ebenso durch Unternehmenskonzentration und unkontrollierte Marktmacht von Konzernen behindert wird. In etlichen Marktsegmenten der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, dem Handel, bei Großhändlern und zunehmend auch bei Supermärkten wird ein erheblicher Teil des Marktgeschehens durch nur wenige Unternehmen abgewickelt.

Die steigende Marktkonzentration bzw. -macht weniger Unternehmen erlaubt ihnen, die Preise sowohl von Produktionsmitteln als auch von Endprodukten zu beeinflussen. Damit beeinträchtigen sie den freien Wettbewerb und vermindern die Marktzugangschancen von Kleinbauern. Zudem

koppeln Verarbeiter und Einzelhandelsketten den Aufkauf landwirtschaftlicher Produkte zunehmend an Produkt- und Prozessstandards. Kleinbauern sind in der Regel an der Entwicklung der Qualitätsstandards nicht beteiligt. So sind die Standards für sie oft schwer zu erfüllen und schließen vor allem ärmere, kleinbäuerliche Produzenten im Süden von bestimmten Märkten aus. Vertragslandwirtschaft verändert die Beziehung zwischen Bauern und Einzelhändlern und Verarbeitern. Je nach Ausgestaltung der Verträge droht Bauern der Verlust der Souveränität über ihre Produktionsentscheidungen. Sie werden mitunter gedrängt, inputintensive und umweltschädliche Produktionsverfahren anzuwenden, ihre gesamten Land mit Produkten für den Export zu bepflanzen anstatt Nahrungsmittel für lokale Märkte zu produzieren. Oft sind Verträge so gestaltet, dass die Bauern das Preis- und Produktionsrisiko alleine tragen. Insbesondere Produzenten, die nahe der Armutsgrenze leben, haben unter diesen Bedingungen ein schwieriges Auskommen.

### Anhaltende Asymmetrien

Zwischenstaatliche Handelsbarrieren für alle Länder gleichermaßen abzuschaffen, benachteiligt weniger wettbewerbsfähige Länder, wenn dabei keine Rücksicht auf die unterschiedlichen ökonomischen Kapazitäten genommen wird. Dies gilt auch für die Akteure auf den Agrarmärkten: Starke, wettbewerbsfähige Sektoren und Unternehmen profitieren vom freien Markt, während kleinbäuerliche Produzenten oft marginalisiert werden. Ein Kleinbauer in Indonesien ist kaum in der Lage, mit Großfarmern aus Kanada oder mit der industrialisierten Plantagenwirtschaft im eigenen Land zu konkurrieren. Eine einheitliche Liberalisierung des Agrarhandels wird daher nicht zu

fairen Verhältnissen führen. Davon abgesehen sind internationale Agrarhandelsregeln noch weit davon entfernt, Handelsbarrieren in allen Ländern gleichermaßen zu reduzieren. Das gegenwärtige Agrarabkommen der WTO etwa erlaubt es den Industrieländern, weiterhin ein wesentlich höheres Protektionsniveau aufrecht zu erhalten – sowohl durch Zölle als auch durch nationale Stützungsmaßnahmen.

Vor dem Hintergrund dieser ungleichen Ausgangsbedingungen ist der Sinn einer auf die Steigerung von Agrarexporten ausgerichteten Entwicklungsstrategie fraglich. Zum einen zeigen zahlreiche Erfahrungen in Ländern des Südens, dass eine Exportorientierung alleine keinen ausreichenden Beitrag zu Armutsbekämpfung und menschlicher Entwicklung leistet; die Exportwirtschaft muss vielmehr konsequent in eine übergeordnete nationale Entwicklungsstrategie eingebunden werden. Zum anderen kann eine Spezialisierung auf Exporte negative Verteilungswirkungen mit sich bringen. Auch wenn sich die Preise gegenwärtig durch Ernteaufschläge, Nachfragesteigerungen nach Lebensmitteln und den Boom der Agrartreibstoffe auf hohem Niveau befinden, unterlagen Agrarexporte einem über Jahrzehnte andauernden Trend fallender Weltmarktpreise. So erfahren Länder, die eine Exportorientierung in der Landwirtschaft verfolgt und gleichzeitig verarbeitete Industriegüter importiert haben, eine stetige Verschlechterung ihrer *terms of trade*. Kleinere und ärmere Produzenten und insbesondere Frauen sind in der Regel weniger in der Lage, vom Exportgeschäft zu profitieren. Schlussendlich kann eine Ausdehnung der Exportproduktion die Konzentration in der Landwirtschaft vorantreiben und zur Verdrängung kleinerer Betriebe führen. Steigende Armut und eine Gefährdung der Ernährungssicherheit sind die Folge.

## Grundprinzipien für ein zukunftsfähiges Agrarhandelsregime

Die Welthandelsorganisation (WTO) mit ihren zahlreichen Abkommen stützt sich auf die Prinzipien der Meistbegünstigung und der Nicht-Diskriminierung. Dies sind wichtige Prinzipien, doch sie reichen bei weitem nicht aus, um ein Handelsregime an die Erfordernisse der Nachhaltigkeit anzupassen. Zudem bedarf das WTO-Prinzip der Inländerbehandlung einer Revision, da es die Einführung von Nachhaltigkeitsstandards im Welthandel behindert. Der Report *Slow Trade – Sound Far-*

*ming* definiert sieben Prinzipien, die einem sozial gerechten und ökologisch tragfähigem Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zurunde liegen müssen.

Das Prinzip Multifunktionalität zielt darauf ab, dass alle Leistungen der Landwirtschaft berücksichtigt werden. Aus kultureller und sozialer Sicht stellt die Landwirtschaft eine Stütze des ländlichen Gemeinwesens und die Grundlage der ländlichen Kultur dar. Dies gilt insbesondere für den Erhalt und

die Pflege (klein)bäuerlicher Produktionsweisen. Ebenso ist die Landwirtschaft eng mit den Ökosystemen verknüpft, sowohl durch die Nutzung natürlicher Ressourcen als auch durch ihre Fähigkeit, ökologische Gemeinschaftsgüter bereit zu stellen.

Das Prinzip Menschenrechte trägt dafür Sorge, dass Handelsregeln im Einklang mit der UN-Menschenrechtscharta stehen. Internationale Handelsregeln dürfen keine Gefährdung für die Existenzgrundlage und die grundlegende wirtschaftliche Sicherheit der Bevölkerung mit sich bringen. Insbesondere das Recht auf Nahrung muss gewährleistet werden,

Ökosysteme und Naturressourcen stellen die Existenzgrundlage der Landwirtschaft dar. Eine unsachgemäße Bewirtschaftung kann jedoch genau diese Existenzgrundlage gefährden und zudem globale Umweltprobleme verschärfen. Das Prinzip Bewahrung der Umwelt zielt darauf ab, dass landwirtschaftliche Produktionsprozesse die Funktionsfähigkeit von Ökosystemen nicht in Mitleidenschaft ziehen und Naturressourcen nur im Rahmen ihrer Regenerationsfähigkeit nutzen.

Das Prinzip Demokratische Souveränität nimmt in den Blick, dass Handelspolitik die kollektiven Präferenzen der Bürger eines Landes widerspiegeln sollte. Denn Änderungen in der Handelspolitik haben oft tiefgreifende Auswirkungen auf Ernährungssicherheit, Wohlstand in ländlichen Regionen, Zustand der Umwelt und das künftige Entwicklungspotential ländlicher Ökonomien. Den Bürgern eines Landes muss das Recht vorbehalten bleiben, Märkte entsprechend ihrer Bedürfnisse zu gestalten.

In einer globalisierten Welt können die Handlungen von Regierungen und Produzenten eines Landes immer auch Auswirkungen auf andere Länder haben. Im Mittelpunkt des Prinzips Extraterritoriale Verantwortung steht, keine Vorteile auf Kosten anderer zu suchen. Länder müssen bei der Implementierung

ihrer politischen Strategien und Programme immer darauf achten, dass negative Folgen auf andere Länder ausgeschlossen sind.

Das Prinzip Ökonomische Subsidiarität löst den potentiellen Konflikt zwischen den Prinzipien der demokratischen Souveränität und der extraterritorialen Verantwortung auf: Handelspolitik soll derart gestaltet werden, dass dem wirtschaftlichen Austausch auf lokaler und nationaler Ebene nach Möglichkeit Vorrang vor dem kontinentalen bzw. globalen Austausch gegeben wird. Indem kurze Wertschöpfungsketten systematisch gegenüber langen begünstigt werden, wird die demokratische Kontrolle dieser Wertschöpfungsketten maximiert. Gleichzeitig werden klimaschädliche Transportwege verringert und lokale Produktionsnetzwerke gestärkt.

**„In einem Freihandelsregime werden nicht nur Märkte, sondern auch das Marktversagen globalisiert. Die Landwirtschaft ist geprägt von Marktversagen und ökologischen Externalitäten, die teilweise mit der industriellen Landwirtschaft und ihrem hohen Bedarf an Produktionsmitteln zusammenhängen. Es gibt hinreichend Beweise dafür, dass die Handelsliberalisierung das Modell der industriellen Landwirtschaft in der ganzen Welt verbreitet. Dadurch entstehen gravierende Umweltprobleme.“**

Timothy Wise, Tufts University, USA,  
bei der Regionalkonsultation in Nordamerika, September 2006

Das Prinzip Fairness zielt darauf ab, internationale Handelsregeln so zu gestalten, dass die drastische ökonomische Ungleichheit in der Welt ausgeglichen wird. Da gleiche Regeln für alle in der Regel den Stärkeren in die Hände spielen, müssen Handelsregeln den schwächeren Ländern systematisch Vorteile einräumen.

## Politiken und Maßnahmen für eine global nachhaltige Landwirtschaft

Entlang dieser sieben Grundprinzipien entwickelt der Report *Slow Trade – Sound Farming* eine Reihe von Politikinstrumenten und innovativen Institutionen für die konkrete Ausgestaltung eines zukunftsfähigen Agrarhandelsregimes. Diese Maßnahmen zielen nicht darauf ab, den Handel zu deregulieren, sondern den Handel sowie die landwirtschaftliche Produktion allgemein im Sinne von sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu regulieren.

### Den Spielraum nationaler Politik erweitern

Handelspolitik ist nur eine Säule neben weiteren in der Wirtschaftspolitik eines Landes und die Wirtschaftspolitik nur eines unter anderen Politikfeldern. Handelspolitik kann nicht *per se* eine Priorität gegenüber anderen Politikfeldern beanspruchen. Gegenwärtig zielt die Liberalisierung des Handels nicht nur

darauf ab, Zölle und Quoten an den Außengrenzen zu reduzieren, sondern auch nicht-tarifäre Hemmnisse wie Preiskontrollen, Investitionsbestimmungen, Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards abzubauen. Doch deren Abbau greift in den innenpolitischen Kompetenzbereich von Regierungen ein und behindert die Umsetzung anderer politischer Ziele. Eine solche Handelspolitik schränkt die Entscheidungsfreiheit von Gesellschaften ein, Märkte und Wirtschaftsaktivitäten gemäß ihres öffentlichen Interesses zu beeinflussen. Nachdem die nationale Politik in der Vergangenheit im Rahmen internationaler Handelsverträge vor allem Kompetenzen abzugeben hatte, müssen nationale Regierungen wieder das Recht erhalten, Handelsströme gemäß ihren kollektiven Präferenzen zu gestalten.

**„Bei einer Erweiterung des nationalen Handlungsspielraums geht es nicht darum, sich vom Rest der Welt zu isolieren. Vielmehr geht es darum, in Anbetracht der spezifischen Bedingungen eines Landes oder einer Region Politik zu gestalten und dabei das Recht der Menschen auf den Konsum kulturell angepasster, gesunder und nachhaltig produzierter Nahrungsmittel in den Vordergrund zu stellen.“**

Eva Carazo, Movimiento de Agricultura Orgánica Costarricense, Costa Rica, bei der Regionalkonsultation in Mittelamerika, Oktober 2006

Vor allem muss ihnen gestattet sein, die Einfuhr von Waren, Dienstleistungen und Investitionen zu steuern. Weil die Landwirtschaft in den Ländern des Südens die Haupteinkommensquelle für die meisten Menschen ist, sollte Importliberalisierung zurückgestellt werden, wenn Existenzgrundlagen und die Nahrungsmittelsicherheit im Inland auf dem Spiel stehen. Regierungen brauchen im Rahmen internationaler Handelsregeln größeren politischen Spielraum, um ihren Binnenmarkt durch den gezielten Einsatz von Zöllen, Quoten sowie preis- und mengenabhängigen Schutzmaßnahmen vor einer Importflut zu schützen. Größeren politischen Spielraum brauchen die Länder auch, um auf den Zufluss von Auslandsinvestitionen einzuwirken, die Aktivitäten transnationaler Unternehmen zu kontrollieren, die inländische Produktion an Lebensmittelsicherheitsvorschriften oder Umweltauflagen zu binden, oder um Unterstützungsprogramme für eine gesunde ländliche Ökonomie aufzulegen.

## In Multifunktionalität investieren

Eine multifunktionale Landwirtschaft bedarf der öffentlichen Unterstützung. Denn sie produziert nicht nur kommerzielle Güter, wie Nahrungsmittel, Viehfutter und Energierohstoffe, sondern ko-produziert ohne finanzielle Gegenleistung unverzichtbare ökologische und soziale Gemeingüter, wie etwa

Wasserqualität und landschaftliche Schönheit, ländliche Kultur und soziale Kohäsion. Da dies nicht durch Marktmechanismen allein gewährleistet werden kann, muss eine geschickte Kombination von öffentlichen Dienstleistungen, Stützungen sowie ordnungs- und steuerpolitischen Maßnahmen eine Förderung der Multifunktionalität garantieren. Insbesondere sollte die Politik Rahmenbedingungen für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft schaffen. Beispielsweise müssen kollektive Landrechte geschützt, Rechte von Frauen gestärkt und der Zugang zu Wasser, Land und lokal angepasstem Saatgut gesichert werden. Eine dezentrale Infrastruktur auf dem Land ist Voraussetzung, um eine regionale Vermarktung zu begünstigen und städtische und ländliche Gebiete miteinander zu verbinden. Gerade Kleinbauern erbringen die gesamtgesellschaftlich gewollten sozialen und ökologischen Leistungen, sie halten die ländlichen Räume am Leben, doch sowohl bei der indirekten als auch bei der direkten Förderung werden sie häufig benachteiligt. Hier muss die Förderpolitik grundlegend neuorientiert werden, um diese Leistungen zu honorieren. Direktzahlungen – so sie innerhalb einer so gestalteten Agrarpolitik noch vonnöten sind – müssen einer strengen Konditionierung unterworfen werden. Sie dürfen keine Anreize zur Produktionssteigerung geben und sollten verstärkt an ökologische und soziale Kriterien geknüpft werden; die Anwendung nachhaltiger Produktionsmethoden sollte zur Voraussetzung von Direktzahlungen gemacht werden. So könnte die Höhe der Zahlungen an die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte gekoppelt werden, das stärkt vor allem bäuerliche Strukturen.

Die öffentliche Agrarforschung ist an den Bedürfnissen der ländlichen Räume zu orientieren. Im Fokus der Forschung sollten kostengünstige, lokal angepasste technische Verbesserungen, die Förderung der Produktivität und Umweltverträglichkeit einer extensiven und auf traditionelle Kenntnisse gestützten Landwirtschaft stehen. Um die Rahmenbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion auf nachhaltige Anbaumethoden im Sinne einer Agrarwende umzustellen, bieten sich an: der Einsatz von Steuern und Abgaben auf umweltbelastende Produktionsmittel und -methoden, Förderkredite für Investitionen in ressourcenschonende Technologien, staatliche Umweltprogramme und die Unterstützung lokaler und zivilgesellschaftlicher Prozesse zur Entwicklung von Prozess- und Produktstandards für eine nachhaltige Landwirtschaft.

In jedem Fall muss im Sinne des Prinzips extraterritoriale Verantwortung sichergestellt werden, dass nationale Stützungsmaßnahmen keine negativen Auswirkungen auf Produzenten in anderen Ländern haben. Um dies zu garantieren, könnte ein Dumping-Warnsystem etabliert werden, welches Regierungen

informiert, wenn Importe zu Preisen unterhalb der Kosten nachhaltiger Produktion die einheimische Landwirtschaft gefährden. Dafür müssten sich Exportländer bei einer multilateralen Institution registrieren lassen und Informationen über die Höhe staatlicher Beihilfen und die Preise aller Exportprodukte vorlegen. Die multilaterale Institution berechnet den Unterschied zwischen den Exportpreisen und den Produktionskosten und kann auf dieser Grundlage Ländern empfehlen, ihre Zölle gegenüber Ländern, die Dumping praktizieren, entsprechend zu erhöhen.

## Preise stabilisieren

Stark schwankende Agrarpreise und niedrige Erzeugerpreise stellen in den letzten Jahrzehnten sowohl für die bäuerliche Landwirtschaft im Norden wie für Kleinbauern im Süden eines der größten Probleme dar. Während fallende Weltmarktpreise lange Zeit auf ein Überangebot zurückzuführen waren, wird zunehmend die Marktmacht von Agrarunternehmen zum Hauptproblem, da sie Erzeugerpreise auch dann niedrig halten können, wenn die Weltmarktpreise steigen. Preisvolatilität und -verfall kann durch nationale Systeme des Angebotsmanagements („Supply Management“) unter Kontrolle gebracht werden. Beim Angebotsmanagement geht es ganz darum, Produktion und Nachfrage auf dem Markt in ein Gleichgewicht zu bringen. Zentrales Element dieser Programme ist eine Produktionskontingentierung, in deren Rahmen die Bauern eine Lizenz mit Produktionsquote erwerben, die es ihnen erlaubt, eine bestimmte Menge dieser Ware herzustellen. Quoten können auf andere Farmer übertragen werden, während das Überwachungsgremium Eigentümer der Quoten ist und das Recht hat, Anpassungen der Produktionsmenge vorzunehmen. Schlüssel zum Erfolg ist ein flexibler Anpassungsmechanismus, der die Marktnachfrage mit den Produktionskapazitäten schnell und effektiv in Einklang bringt, d. h. der zeit- und marktnah die richtige Menge an Quoten und den richtigen Preis für das Produkt festlegt. Ein Beispiel für ein solches System ist das kanadische Quotensystem für Milch, das sowohl von der kanadischen Regierung als auch vom Einzelhandel und von den Bauern als äußerst erfolgreich propagiert wird. In der Vergangenheit haben viele Länder ein Angebotsmanagement praktiziert, und manche tun das noch heute. Einige der Systeme waren und sind durch Ineffizienzen und schlechtes Management geprägt – meist, weil ein flexibler Anpassungsmechanismus fehlt.

Zudem setzen Freihandelsverträge Regierungen unter Druck, ihre nationalen Angebotsmanagement-Systeme abzubauen. Der Report *Slow Trade – Sound Farming* schlägt stattdessen vor, nationale Angebotsmanagement-Systeme durch eine „Multilaterale

Kooperationsvereinbarung zur Balancierung des weltweiten Angebotes“ zu unterstützen und zu koordinieren. So könnten Länder mit einem bedeutenden Einfluss auf Weltmarktpreise eine Vereinbarung treffen,

**„Öffentliche Beihilfen für die Landwirtschaft sind an sich kein Problem, solange sie nicht zu Dumping führen. Manche Stützungsmaßnahmen verursachen kein Dumping, wie etwa öffentliche Gelder für Forschung, Investitionen in die Infrastruktur und Förderung alternativer Konzepte wie Agrarökologie oder Wiederaufforstungsprogramme.“**

Tania Vanegas, Humboldt-Zentrum, Nicaragua,  
bei der Regionalkonsultation in Zentralamerika, Oktober 2006

die Produktions- bzw. Exportobergrenzen festlegt, um die Weltmarktpreise über ein gewisses Minimum anzuheben und zu stabilisieren. Im Falle von Weizen oder Mais zum Beispiel vereinen nur sechs Länder – Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, die EU und die USA – 47-% bzw. 58-% der weltweiten Produktion auf sich und hatten einen Anteil von 52-% bzw. 64-% am globalen Exportgeschäft. Eine multilaterale Kooperationsvereinbarung zur Preisstabilisierung mit diesen Ländern als Hauptvertragsparteien wäre ein erfolgversprechender Beitrag zur Armutsbekämpfung und wirtschaftlichen Erneuerung ländlicher Ökonomien weltweit. Zur Durchsetzbarkeit dieser Vereinbarung müssten Überwachungs- und Kontrollmechanismen geschaffen werden, die die Einhaltung der Bestimmungen gewährleisten und die Länder bei der Umsetzung auf nationaler Ebene unterstützen.

## Nachhaltigkeitsstandards einführen

Gegenwärtig spiegeln die einzelwirtschaftlichen Kosten landwirtschaftlicher Produktion nicht die vollständigen Produktionskosten wider. Durch die Produktion verursachte Umwelt- und Gesundheitsschäden, geschweige denn der Niedergang bäuerlicher Gemeinschaften und ländlicher Ökonomien, tauchen

**„Zugang zu internationalen Märkten ist keine Lösung für ‚Campesinos‘, deren Problem in erster Linie im mangelnden Zugang zu den eigenen Märkten vor Ort liegt, weil diese mit importierter Billigware überflutet werden. Exportorientierung hat zu Landflucht und Verarmung der ländlichen Bevölkerung geführt.“**

Ramiro Téllez, La Vía Campesina, Honduras,  
bei der Regionalkonsultation in Mittelamerika, Oktober 2006

nicht in den Bilanzen auf. Landwirtschaftliche Produzenten treten zwar über günstige Preise miteinander in den Wettbewerb, aber die Kosten für soziale und ökologische Schäden werden anonymisiert. Um das zu vermeiden ist es nötig, Nachhaltigkeitsstandards zu definieren, die die sozialen und ökologischen Fol-

gekosten der Agrarproduktion internalisieren und dadurch von vorneherein unterbinden. Die Entwicklung von Prozess- und Produktstandards für nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken und die Einführung geeigneter Kontroll- und Überprüfungsprogramme sollten von Regierungen gefördert werden. Als Vorbilder können die erfolgreich umgesetzten Standards des Fairen Handels und der biologischen Landwirtschaft dienen. Schließlich müssten derartige Nachhaltigkeitsstandards sukzessive verbindlich gemacht werden. Um mit den erhöhten Kosten für Produktion und Kontrollaufwand nicht ausschließlich die nachhaltig wirtschaftenden Produzenten zu belasten, könnte eine Gebühr auf nicht nachhaltige Agrarprodukte die Produktion nachhaltiger Waren querfinanzieren – ähnlich wie bei der erfolgreichen deutschen Einspeisevergütung für Erneuerbare Energien.

**„Die Erfahrung in unserer Region hat gezeigt, dass nur partizipative Zertifizierungsprozesse nachhaltig sein können. Wir müssen Bauern und Verbraucherorganisationen dazu befähigen, ihre eigenen Systeme der Qualitätskontrolle aufzubauen.“**

Fabíola Zerbini, FACES do Brasil, Brasilien, bei der Regionalkonsultation in Südamerika, August 2006

Um das Regime des internationalen Handels auf Nachhaltigkeit hin auszurichten und weltweit einen Anreiz zur Einführung nachhaltiger Produktionsweisen zu schaffen, sollten Länder die Möglichkeit haben, den Zugang zu ihren Märkten an die Erfüllung der national etablierten Nachhaltigkeitsstandards zu knüpfen. Im Rahmen eines solchen System des „Qualifizierten Marktzugangs“ wird nachhaltigen Produkten gegenüber nicht-nachhaltig hergestellten Produkten ein verbesserter Marktzugang eingeräumt. Die Einkünfte aus höheren Zöllen auf nicht-nachhaltige Produkte werden dann in einem internationalen „Fonds für nachhaltige ländliche Entwicklung“ gesammelt, der die Umstellung auf faire und nachhaltige Landwirtschaft und die Umsetzung von Programmen zum qualifizierten Marktzugang in den ländlichen Regionen des Südens fördert. Um der Gefahr zu begegnen, dass Länder ihr System des qualifizierten Marktzugangs für eine verschleierte Handelsdiskriminierung missbrauchen, müssen einheitliche globale Meta-Standards definiert werden. Diese sollten jedoch nicht die Produktionsstandards selbst harmonisieren – zu unterschiedlich sind weltweit die ökologischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen, in dessen Kontext nachhaltige Landwirtschaft erst definiert werden kann. Hingegen legen Meta-Standards nur die Kriterien für einen offenen, partizipativen und inklusiven Einführungsprozess von Nachhaltigkeitsstandards in der Landwirtschaft fest; als Vorbilder für derartige Prozessstandards

können vergleichbare Initiativen der IFOAM oder der ISO dienen. Eine „Schlichtungsstelle für Streitigkeiten zwischen nationalen Produktionsstandards“ kann eingerichtet werden, um bei Konflikten zwischen Ländern über die gegenseitige Anerkennung von Standards zu schlichten.

## Produktketten demokratisieren

Die immense Marktmacht einiger Unternehmen und die zunehmende Unternehmenskonzentration auf den Agrarmärkten erfordert eine umfassende Strategie zur Erhöhung der demokratischen Kontrolle von transnationalen Produktketten. Eine solche Strategie erfordert sowohl die Einführung von Aufsichtsinstitutionen auf multilateraler Ebene, als auch eine Reform der Agrar- und Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene. Auf multilateraler Ebene sollte zum einen eine effektive Wettbewerbspolitik etabliert werden. Grundvoraussetzung dafür ist die Offenlegung von Informationen über Größe und Umfang von grenzüberschreitenden Agrargeschäften, Fusionen und Unternehmensaufkäufen sowie Joint-Ventures im Nahrungsmittelsektor. Dies kann über eine öffentlich zugängliche Datenbank geschehen. Darauf aufbauend sollte eine multilaterale „Anti-Kartell-Aufsicht“ eingerichtet werden, die mit der Aufgabe betraut wird, Fusionen und Aufkäufe zu prüfen und den Missbrauch von Marktmacht durch Firmen zu verhindern. Eine effektive Wettbewerbspolitik auf multilateraler Ebene setzt allerdings voraus, dass auch auf nationaler oder regionaler Ebene wirksame Wettbewerbsgesetze bestehen. Wie es die Fair-Handels-Bewegung im Kleinen vorgemacht hat, könnten Fair-Handels-Verträge auch auf zwischenstaatlicher Ebene sicher stellen, dass internationale Firmen ihre Zulieferer und Vertragspartner fair und nachhaltig in ihre Geschäftstätigkeiten integrieren. Fair-Handels-Verträge würden für eine gerechte Verteilung der Profite entlang transnationaler Produktketten sorgen, und transnational agierende Handels-, Verarbeitungsunternehmen oder Supermärkte würden dazu angehalten, faire Preise an die Produzenten zu bezahlen, die die Kosten für eine nachhaltige Produktion und den Lebensunterhalt der kleinbäuerlichen Produzenten decken. Die Einhaltung der Verträge, die in transparenten und partizipativen Verhandlungen zwischen Geschäftspartnern ausgehandelt werden, wird von international einzurichtenden „Fair-Handels-Kammern“ überwacht.

Auf nationaler Ebene sollten entsprechend dem Prinzip Ökonomische Subsidiarität verschiedene Instrumente und Maßnahmen dafür sorgen, dass lokale und regionale Produktionsnetzwerke gegenüber transnationalen begünstigt werden. Um eine solche Re-Regionalisierung des Handels zu erreichen, sollten Regierungen erstens die Rolle von

Staatshandelsunternehmen überdenken, da diese eine wichtige Rolle dabei spielen können, der Marktmacht großer Privatunternehmen entgegenzuwirken. Zweitens sollten politische Maßnahmen verabschiedet werden, die auf eine gesteigerte Wertschöpfung vor Ort sowie auf eine bessere Verzahnung der verschiedenen Sektoren der lokalen Wirtschaft fokussieren. Etwa könnten Regeln zur Verwendung lokal produzierter Rohstoffe eingeführt werden oder transnationale Unternehmen verpflichtet werden, stets lokale Verarbeiter in ihre Geschäfte zu integrieren. Ferner wäre eine ‚site-here-to-sell-here‘ Politik von Nutzen, die es ausländischen Unternehmen nur dann gestattet, auf einem bestimmten Markt Waren zu verkaufen, wenn sie auch vor Ort produzieren. Ein weiterer Eckpfeiler für eine Politik der Re-Regionalisierung besteht drittens aus Politiken, die Transportkosten verteuern; schließlich hängt der Aufstieg transnationaler Produktionsnetzwerke unmittelbar mit niedrigen Transportkosten zusammen. Ziel sollte eine Internalisierung der externen Effekte sein, die mit dem Transport auf langen Strecken einhergehen. Nutzungsentgelte für Gemeingüter, wie beispielsweise eine Abgabe auf Flugzeugemissionen oder eine Gebühr für die Seeschifffahrt, würden sich als entsprechende Maßnahmen anbieten.

## Asymmetrien ausgleichen

In einem ökologischen und fairen Handelsregime wird der Ausgleich der krassen bestehenden wirtschaftlichen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen der Welt eine vorrangige Bedeutung einnehmen. Mehr Fairness im Handel zu erzielen hängt indes nicht nur von multilateralen Handelsregeln ab. Es erfordert von der nationalen Politik, dass Agrarexportstrategien überprüft und einer kohärenten nationalen Entwicklungsstrategie untergeordnet werden. Eine nachhaltige Exportpolitik wird der nationalen Ernährungssicherheit stets Vorrang vor Exporten geben und daher der Produktion für Subsistenzwirtschaft und für inländische Märkte Vorrang vor der Produktion für ausländische Märkte einräumen. Weiterhin müssen Bestrebungen der Exportproduktion, sich Landflächen und natürliche Ressourcen zum Nachteil der inländischen Lebensmittelversorgung anzueignen, unterbunden und eine gerechte Verteilung von Gewinnen entlang der Wertschöpfungskette sichergestellt werden; insbesondere wird eine nachhaltige Exportpolitik auf eine weitestgehende Beteiligung von Kleinproduzenten, bäuerlichen Genossenschaften und Landarbeitern sowie auf ein Empowerment von Frauen im Exportgeschäft hinwirken, um eine Chancengleichheit bei der Realisierung von Exporterlösen zu schaffen. Zudem wird sie einer Industrialisierung der Landwirtschaft durch die Förderung wissensbasierter und arbeits-

intensiver nachhaltiger Produktionsmethoden entgegenwirken. Schließlich wird sie im Rahmen einer kohärenten Entwicklungsstrategie eine wirkungsvolle Verzahnung der Landwirtschaft mit anderen lokalen Wirtschaftszweigen anstreben.

**„Wie und warum sollen wir für andere produzieren, wenn wir uns noch nicht einmal selbst versorgen können? Wichtiger als Zugang zu ausländischen Märkten ist die Entwicklung der lokalen Märkte. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass Länder sich vor Agrarimporten schützen dürfen.“**

Eloi Nombéré, Confédération Paysanne du Burkina Faso, bei der Regionalkonsultation in Westafrika, Februar 2006

Auf multilateraler Ebene erfordert der Ausgleich ökonomischer Ungleichheiten eine umfassende Sonderbehandlung der ärmeren bzw. schwächeren Länder. Dies wird weit über bestehende Regelungen der Sonder- und Vorzugsbehandlung („Special and Differential Treatment“) hinausgehen, die oft nur flankierende Maßnahmen zur sozialen Abfederung des Handels oder längere Übergangsfristen für die Umsetzung gleicher Regeln für alle Länder beinhaltet haben. Stattdessen schlägt der Report *Slow Trade – Sound Farming* eine „Systemische Sonderbehandlung“ vor, die schwächeren Ländern bei allen Transaktionen gezielte Handelsvorteile einräumt. Für eine solche systemische Sonderbehandlung müssten Länder anhand objektiver, relevanter und konsistenter Kriterien differenziert werden, beispielsweise anhand der Kriterien pro-Kopf Einkommen bzw. Ausmaß der Armut oder auch Nahrungsmittelunsicherheit in einem Land. Wesentlicher Bestandteil eines Systems der Sonderbehandlung muss dabei der qualifizierte Marktzugang sein, um sicherzustellen, dass die Handelspolitik mit der Sicherung des Lebensunterhaltes und dem Umweltschutz vereinbar ist. Über ein solches System der Sonderbehandlung hinaus aber gilt es, auf einen grundlegenden Paradigmenwechsel internationaler Handelsabkommen hinzuwirken. Internationale Handelsbeziehungen müssen nicht unbedingt zwischen Nord und Süd geknüpft werden, so wie es auch kein Naturgesetz ist, dass sie allein auf Profitstreben beruhen. Stattdessen könnten sich Länder im Süden zusammentun, um solidarisch und wirkungsvoll ihre Anliegen wie menschliches Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung zu verfolgen. Grenzüberschreitender Handel muss nicht vorrangig dem Erzielen von wirtschaftlichen Gewinnen dienen. Die gegenseitigen Beziehungen können auch auf die Durchführung gesellschaftlich bedeutender Projekte in Bereichen wie Gesundheit, Infrastruktur, Wohnen oder nachhaltige Produktion abzielen. Dafür aber sollten Handelsverträge zum Zwecke der Kooperation und nicht zum Zwecke des Wettbewerbs geschlossen werden.

# Schlussfolgerungen: Umriss einer Architektur des Agrarhandels in Zeiten nach der WTO

Die Analyse des Reports *Slow Trade – Sound Farming* lässt keinen Zweifel daran, dass ein multilateraler Rahmen für den Welthandel mit Agrarprodukten unverzichtbar ist. Die WTO aber erfüllt in ihrer gegenwärtigen institutionellen Verfassung nicht die Anforderungen an ein solches Rahmenwerk. Folglich muss sich die WTO entweder selbst neu erfinden oder die Institutionalisierung von Handelsregeln anderen Einrichtungen im Rahmen der Vereinten Nationen überlassen. Derzeitig übt die WTO im Großen und Ganzen drei Funktionen aus: sie bildet den Rahmen für Verhandlungen zwischen Regierungen, ist eine Organisation, die über Regeln entscheidet und verfügt über einen Streitschlichtungsmechanismus. Auch jede neue institutionelle Struktur muss diese Funktionen erfüllen; allerdings kommen noch einige Funktionen hinzu – während sich die Gesamtzielsetzung ebenfalls verändert. Gemäß den Überlegungen im Report *Slow Trade – Sound Farming* müssen mindestens drei Funktionen neu hinzukommen: die Kontrolle der internationalen Marktpreise durch einen auf Kooperation basierenden Mechanismus zum Angebotsma-

sche Spielraum im Handel wiederhergestellt wird. Sie wird diesen Spielraum aber auch mit Blick auf mögliche schädliche Effekte für internationale und ausländische Märkte überwachen und ggf. eingrenzen. Eine Abteilung für Qualitätssicherung wird darauf abzielen, auf globalen Märkten die Qualität von Handelsströmen zu garantieren. Dabei wird sie vor allem die Einführung von Nachhaltigkeitsstandards auf nationaler Ebene sowie die Verhandlungen über Meta-Standards auf multilateraler Ebene unterstützen. Eine Abteilung für Preismanagement wird dafür Sorge tragen, dass extreme Preisschwankungen auf dem Weltmarkt durch eine Steuerung des Angebots an Agrarprodukten abgemildert werden. Insbesondere unterstützt diese Abteilung die Verhandlungen über die multilaterale „Kooperationsvereinbarung zur Balancierung des weltweiten Angebots“, um die Produktionskapazitäten im Norden und unter den Agrarexporturen im Süden zu steuern und allzu großen Ausschlägen in der Preisentwicklung entgegen zu wirken. Eine Abteilung für Kartellaufsicht wäre dafür zuständig, Verhandlungen über die Wettbewerbspolitik auf globaler Ebene zu begleiten. Sie würde Informationen über Größe und Aktionsradius internationaler Unternehmen einschließlich der Fusionen und Aufkäufe veröffentlichen und im Falle einer Marktkonzentration im Bereich der Betriebsmittelproduktion, Vertrieb, Groß- und Einzelhandel einschreiten. Schließlich hätte eine Abteilung für Streitschlichtung die Aufgabe, Konflikte zwischen Mitgliedsstaaten zu schlichten und zwischen Mitgliedsstaaten und Dritten, wie etwa Konzernen und NGOs, zu vermitteln. Alles in allem wird diese Abteilung auch weiterhin Panels für Konflikte im Handel einsetzen, wie dies gegenwärtig im Rahmen der WTO geschieht. Wenn aber die Entscheidung eines dieser Panels nicht die Zustimmung aller Beteiligten findet, muss die darauf folgende Berufung an ein Gremium außerhalb dieser Einrichtung verlagert werden. Denn da das Streitschlichtungsorgan Entscheidungen über Konflikte zwischen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Werten zu treffen hat, ist das Prinzip der Gewaltenteilung zu beachten, um die institutionelle Unparteilichkeit zu gewährleisten.

**„Es gibt nicht nur eine Art Markt mit einem bestimmten Handelssystem. Es gibt viele verschiedenartige Märkte mit ihren spezifischen Produktions-, Handels- und Vertriebssystemen. Wir müssen den Handel wieder regionalisieren, denn der,one-size-fits-all'-Ansatz mit seinem Streben nach einem einheitlichen globalen Markt dient nicht dem öffentlichen Interesse.“**

Josefa Francisco, IGTN Asia, Philippinen,  
bei der Regionalkonsultation in Asien, Mai 2006

agement, die Qualitätskontrolle der Handelsströme auf der Grundlage multilateraler Meta-Standards und die Überwachung des Wettbewerbs durch Anti-Kartell-Maßnahmen. Während gegenwärtig der Abbau von Zöllen und nicht tarifären Handelshemmnissen oberstes Ziel im Welthandel ist, um einen vereinigten globalen Markt zu schaffen, wird eine künftige Institution die Koordinierung der unterschiedlichen nationalen Interessen in den Mittelpunkt stellen. Ihr wichtigstes Ziel wird darin bestehen, den Handel zu managen und nicht zu deregulieren.

Wie könnte eine multilaterale Institution strukturiert sein, die sich dieser Aufgaben annimmt? Eine solche neue Institution müsste zweckmäßigerweise aus mindestens fünf Abteilungen bestehen. Eine Abteilung für Koordinierung wird die Abwägung nationaler Präferenzen und internationaler Interessen zur zentralen Aufgabe haben. Sie wird vor allem dafür sorgen, dass der nationale politi-

# Quellen

## Der Report

- Sachs, Wolfgang / Santarius, Tilman (2007): Slow Trade – Sound Farming. A Multilateral Framework for Sustainable Markets in Agriculture. Heinrich Böll Stiftung / Misereor: Berlin / Aachen.  
[www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).  
(Übersetzungen ins Englische, Italienische und Spanische liegen vor; Übersetzungen ins Französische und in weitere Sprachen sind in Arbeit.)

## Diskussionspapiere des EcoFair Trade Dialogue, auf die sich der Report stützt

- De La Torre Ugarte, Daniel (2006): The Contributions and Challenges of Supply Management in a New Institutional Agricultural Trade Framework. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 6, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Fanjul Suárez, Gonzalo (2006): Agriculture and Trade in an Asymmetric World. EcoFair Trade Dialogue Discussion Papers No. 3, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Glipo, Arze (2006): Achieving Food and Livelihood Security in Developing Countries: The Need for a Stronger Governance of Imports. EcoFair Trade Dialogue Discussion Papers No. 2, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Kwa, Aileen / Bassoum, Souleymane (2007): Exploring the Linkages Between Agricultural Exports and Sustainable Development. EcoFair Trade Discussion Papers No. 8, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Lorenzen, Hannes (2007): Qualified Market Access. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 5, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Malhotra, Kamal (2006): A Sustainable Human Development Approach to the Role of Exports in a National Development Strategy. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 4, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Murphy, Sophia (2006): Concentrated Market Power and Agricultural Trade. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 1, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Ong'wen, Oduor / Wright, Sarah (2007): Small Farmers and the Future of Sustainable Agriculture. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 7, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).
- Sachs, Wolfgang / Santarius, Tilman (2007): World Trade and the Regeneration of Agriculture. EcoFair Trade Dialogue Discussion Paper No. 9, [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org).

Downloads und weitere Informationen unter [www.ecofair-trade.de](http://www.ecofair-trade.de)

## Das Expert Panel



**Souleymane Bassoum**, Senegal, ist Direktor von AGRECOL-Afrique und anerkannter Experte für nachhaltige Landwirtschaft in Westafrika. Er hat u.a. in Gremien der International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) mitgewirkt. Die Hauptarbeitsfelder des Agraringenieurs und Landwirts sind ökologische Landwirtschaft und fairer Handel.



**Gonzalo Fanjul Suárez**, Spanien, ist Ökonom und Leiter des Forschungsbereichs bei Internóm Oxfam. Er arbeitet zu Fragen von Welthandel und Entwicklung und hatte sich in den letzten Jahren spezifisch mit den Agrarverhandlungen bei der WTO und den Auswirkungen der Agrarpolitik der EU auf die Entwicklungsländer auseinander gesetzt.



**Arze Glipo**, Philippinen, ist Direktorin von IRDF (Integrated Rural Development Foundation of the Philippines) und Koordinatorin von APNFS (Asia Pacific Network on Food Sovereignty), eines Netzwerks von über 30 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Entwicklungsökonomin beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Zusammenhängen zwischen Welthandel, Armut und Gendergerechtigkeit, und mit Fragen ländlicher Entwicklung und Ernährungssouveränität.



**Aileen Kwa**, Singapur, lebt derzeit in Genf und arbeitet als politische Beraterin zu Handelsfragen. Sie begleitet die WTO-Verhandlungen seit der Ministerkonferenz der WTO in Singapur im Jahr 1996 und arbeitet eng mit Delegierten aus Entwicklungsländern zusammen, vor allem zu Agrarhandelsfragen. Sie ist Co-Autorin des Buchs „Behind the Scenes at the WTO: The Real World of Trade Negotiations“.



**Hannes Lorenzen**, Deutschland, ist Soziologe und Agrarwissenschaftler. Er ist für die Fraktion der Grünen/EFA Berater des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament. Seine Hauptarbeitsfelder sind die EU-Agrarpolitik und ländliche Entwicklung.



**Sophia Murphy**, Britin und Kanadierin, lebt derzeit in Australien und arbeitet als Senior Advisor für das US-basierte Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP). Die Sozialwissenschaftlerin und Ökonomin arbeitet zu Welthandel und Ernährung und hat in diesem Rahmen langjährige Erfahrung bei NGOs in Kanada und den USA sowie bei den Vereinten Nationen gesammelt.



**Oduor Ong'wen**, Kenia, ist Direktor von SEATINI (Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute). Er war früher Executive Director von EcoNews Africa und Vorsitzender des National Council of NGOs of Kenya. Der Mathematiker, Chemiker und Entwicklungsökonom arbeitet zu Welthandel und Nachhaltigkeit.



**Anna Luiza Ferreira Pijnappel**, Brasilien, ist Beraterin für die Abteilung „Internationale Beziehungen“ des Brasilianischen Ministeriums für ländliche Entwicklung (MDA). In diesem Kontext verfolgt sie von Nahem die Verhandlungen zum internationalen Agrarhandel bei WTO und MERCOSUR. Dabei liegt ihr Schwerpunkt auf den Auswirkungen auf kleinbäuerliche Familienbetriebe und ländliche die Entwicklung. Sie besitzt einen Magister in Internationalen Beziehungen.



**Rita Schwentesius Rindermann**, ursprünglich aus Deutschland, lebt seit 20 Jahren in Mexiko. Die promovierte Agrarökonomin ist dort Forschungskoordinatorin des CIESTAAM (Research Center on Economic, Social and Technological Aspects of International Agriculture Policies at Chapingo University). Ihr Spezialgebiet ist das Agrar-Kapitel des North American Free Trade Agreement (NAFTA). Sie hat einen Master in Pflanzenproduktion und eine Promotion in Internationaler Agrarökonomie.



**Daniel De La Torre Ugarte**, ursprünglich aus Peru, lebt seit 15 Jahren in den USA. Der promovierte Agrarökonom ist Associate Director des Agricultural Policy Analysis Center (APAC) an der Universität von Tennessee. Seine Themen umfassen u.a. landwirtschaftliches Vorratsmanagement, die US-Agrarpolitik, und Bioenergien.



**Wolfgang Sachs (Moderator)**, Deutschland, ist Abteilungsleiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Dort arbeitet der promovierte Sozialwissenschaftler und Theologe zu Globalisierung und Nachhaltigkeit wie auch zu Umwelt und Entwicklung. Unter anderem ist er Autor und Herausgeber der bedeutenden Beiträge „Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik“ (1993) sowie von „The Jo'Burg Memo. Fairness in a Fragile World“ (2002).



**Tilman Santarius (Ko-Moderator)**, Deutschland, forscht seit 2001 am Wuppertal Institut. Die Hauptarbeitsfelder des Soziologen, Anthropologen und Wirtschaftswissenschaftlers sind ökonomische Instrumente in der Klimapolitik, Global Governance, Fragen des Welthandels, der Umwelt-, Energie- und Verkehrspolitik. Zusammen mit Wolfgang Sachs ist er Hauptautor des Wuppertal-Reports „Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit“ (2005).

# Die Organisationen

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der »grünen« politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns außerdem für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

MISEREOR wurde 1958 als „Aktion gegen Hunger und Krankheit in der Welt“ gegründet. In seiner Eigenschaft als Bischöfliches Hilfswerk arbeitet MISEREOR ungeachtet von Hautfarbe, Religionszugehörigkeit und Geschlecht zusammen mit denjenigen, die sich für die Förderung der Entwicklung, dem weltweiten Kampf gegen Armut und der Befreiung von Ungerechtigkeit, der praktischen Solidarität mit den Armen und Verfolgten einsetzen und dazu beitragen „Eine Welt“ zu schaffen.

Der Auftrag von MISEREOR als zentrale Einrichtung der Katholischen Kirche in Deutschland:

- ▶ Die Ursachen von Not und Elend zu bekämpfen, wie sie hauptsächlich in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in der Form von Hunger, Krankheit, Armut und anderen Formen menschlichen Leidens auftreten
- ▶ und damit den betroffenen Menschen zu einem Leben in Würde zu verhelfen
- ▶ Förderung von Gerechtigkeit, Freiheit, Versöhnung und Frieden in der Welt.

Unsere Unterstützung von Projekten unserer Partner im Süden basiert auf dem Grundsatz der Selbsthilfe und steht für eine nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen der Armen. MISEREOR setzt sich auch im Norden für die genannten Ziele durch Bildungs-, Lobby- und Kampagnenarbeit ein.

Das Wuppertal Institut erforscht und entwickelt Leitbilder, Strategien und Instrumente für eine nachhaltige Entwicklung auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Im Zentrum steht die Ökologie und deren Wechselbeziehung mit Wirtschaft und Gesellschaft. Die Analyse und Induzierung von Innovationen zur Entkopplung von Naturverbrauch und Wohlstandsentwicklung bilden einen Schwerpunkt seiner Forschung.

Prof. Dr. Peter Henricke leitet das Institut als Präsident und wissenschaftlicher Geschäftsführer, gegründet wurde es 1991 unter Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker. Die vier Forschungsgruppen sind:

- ▶ Zukünftige Energie- und Mobilitätsstrukturen
- ▶ Energie- Verkehrs- und Klimapolitik
- ▶ Stoffströme und Ressourcenmanagement
- ▶ Nachhaltiges Produzieren und Konsumieren

Das Wuppertal Institut forscht für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es übernimmt dabei eine Mittler- und Transferfunktion. Die Arbeitsergebnisse und Innovationen, die sich aus der praxisnahen Wissenschaft und dem integrierten Forschungsansatz ergeben, werden an die Zielgruppen aktiv kommuniziert. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wuppertal Instituts sind weltweit gefragte Experten und stehen im Austausch mit WissenschaftlerInnen und Forschungsinstituten in aller Welt.

HEINRICH  
BÖLL  
STIFTUNG

Die grüne politische  
Stiftung

**MISEREOR**  
IHR HILFSWERK

Das Bischöfliche  
Hilfswerk

 **Wuppertal Institut**  
für Klima, Umwelt, Energie  
GmbH

Das Institut für  
angewandte  
Nachhaltigkeitsforschung

Immer wieder steht die Landwirtschaft im Mittelpunkt der Verhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO) zur Gestaltung eines multilateralen Rahmenabkommens für den internationalen Warenaustausch. Doch die angestrebten Reformen bedeuten nichts Gutes für die Zukunft der Landwirtschaft weltweit. Es ist vielmehr abzusehen, dass sie die schwierige Lage von Kleinbauernfamilien und bäuerlichen Betrieben sowie die Ernährungsunsicherheit in der Welt weiter verschärfen und zu einer noch stärkeren Belastung der globalen Ökosysteme führen werden. Angesichts dieser Entwicklung zeigt der Bericht neue politische Perspektiven und Instrumente für ein Handelssystem auf, das den Armen eine wirkliche Chance bietet, die Umwelt schützt und den Übergang der Landwirtschaft in ein post-fossiles Zeitalter unterstützt.

In einem zwei Jahre andauernden Diskussions- und Konsultationsprozess, dem *EcoFair Trade Dialogue*, der auf allen Kontinenten der Welt stattfand, wurden alternative Konzepte eines internationalen Agrarhandelssystems mit Vertretern und Vertreterinnen von Bauernorganisationen, Nicht-Regierungsorganisationen, Ministerien, Parlamenten, internationalen Organisationen und der Wissenschaft erarbeitet. Es ist an der Zeit, einen Paradigmenwechsel zu erreichen und Verhandlungen um ein multilaterales Abkommen für nachhaltigen Welthandel einzuleiten. Dieser Bericht versteht sich als ein Beitrag dazu.

[www.ecofair-trade.de](http://www.ecofair-trade.de)